

Rothbard · Für eine neue Freiheit 2

Schriftenreihe

Murray Rothbard Institut für Ideologiekritik
in der **edition g.**

Stefan Blankertz

- 101 Minimalinvasiv: Acht kritische Nachträge
- 104 Das libertäre Manifest:
Zur Neubestimmung der Klassentheorie
- 105 Pädagogik mit beschränkter Haftung:
Kritische Schultheorie
- 106 Thomas von Aquin: Die Nahrung der Seele
- 107 Die Katastrophe der Befreiung:
Faschismus und Demokratie
- 110 Anarchokapitalismus: Gegen Gewalt
- 111 Mit Marx gegen Marx
- 123 Die neue APO: Gefahren der Selbstintegration

Murray Rothbard

- 102 Für eine neue Freiheit: Kritik der politischen Gewalt,
Band 1: Staat und Krieg
- 103 Für eine neue Freiheit: Kritik der politischen Gewalt,
Band 2: Soziale Funktionen

Murray N. Rothbard | 1926-1995 | Ökonom | Anti-Kriegs-
Aktivist | Begründer und herausragender Theoretiker von
dem *libertarian movement* | Autor wesentlicher Werke zur
Ökonomie, Moralphilosophie und Geschichte der USA.

Murray N. Rothbard

Für eine neue Freiheit: Kritik der politischen Gewalt

Band 2:
Soziale Funktionen

Herausgegeben von
Stefan Blankertz

edition g.
103

Inhalt

7	Einleitung
11	1: Die sozialen Probleme
21	2: Moderne Knechtungen
45	3: Freiheitsbeschneidungen
87	4: Das Bildungsunwesen
125	5: Wohlfahrt
171	6: Inflation und Konjunkturzyklen
209	7: Öffentlicher Sektor 1: Geschäfte des Staates
219	8: Öffentlicher Sektor 2: Straßen
239	9: Öffentlicher Sektor 3: Recht und Ordnung
281	10: Umweltschutz

Die vorliegende Ausgabe von »Für eine neue Freiheit« teilt das Buch in zwei Bände. Die Gründe dafür werden in der Einleitung dargelegt. Beide Bände erscheinen parallel.

Der 1. Band enthält die Kapitel 1 (*The Libertarian Heritage*), 2 (*Property and Exchange*), 3 (*The State*), 14 (*War and Foreign Policy*), 15 (*A Strategy for Liberty*). Der 2. Band enthält die Kapitel 4 (*The Problems*), 5 (*Involuntary Servitude*), 6 (*Personal Liberty*), 7 (*Education*), 8 (*Welfare and the Welfare State*), 9 (*Inflation and the Business Cycle: The Collaps of the Keynesian Paradigm*), 10 (*The Public Sector, I: Government in Business*), 11 (*The Public Sector, II: Streets and Roads*), 12 (*The Public Sector, III: Police, Law, and the Courts*), 13 (*Conservation, Ecology, and Growth*).

Die Übersetzung basiert auf derjenigen von Sascha Tamm aus dem Jahre 1999. Für die vorliegende Ausgabe wurde sie leicht überarbeitet.

Titel des Originals:

For A New Liberty: The Libertarian Manifesto

Copyright © 1973, 1978, 1985 by Murray N. Rothbard

© 2012 The Estate of Murray N. Rothbard:

The Ludwig von Mises Institute, Auburn, TX, USA

Used by permission

Die deutsche Ausgabe © 2012 Stefan Blankertz (Herausgeber),

1999 Sascha Tamm (Übersetzer)

2., durchgesehene Auflage 2015

Herstellung und Verlag: BoD – Books on Demand

edition g.: Stefan Blankertz, Wollankstraße 133, 13187 Berlin

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7392-1960-8

Einleitung

Im zweiten Band¹ seiner Kritik der politischen Gewalt behandelt Murray N. Rothbard (1926-1995) die Möglichkeit, das gesellschaftliche Leben ganz ohne Staat zu organisieren (nachdem der erste Band gezeigt hat, dass die Anwendung von Gewalt zur Aufrechterhaltung der politischen Ordnung nach *innen* und *außen* ein grobes Unrecht ist). Wenn auch in der einen oder anderen Hinsicht bereits vorbereitet, ist dieser zweite Band die erste umfassende nicht-naive Darstellung einer gewaltlosen Erfüllung sozialer Funktionen samt dem Straßenverkehr, der Verbrechensbekämpfung und der Justiz. Mit »nicht-naiv« meine ich: Vor-rothbardische anarchistische Konzeptionen hatten bis hin zu derjenigen Paul Goodmans (1911-1972) die Tendenz, implizit, wenn nicht sogar explizit mit der naiven Annahme zu operieren, in einer freien Gesellschaft würden gesellschaftliche Probleme wie Kriminalität gar nicht erst auftreten; für andere soziale Funktionen, die der Staat monopolisiert, wie Straßenbau und Regelung des Verkehrs, gab es meist überhaupt keine Vorstellungen außer einem Hinweis auf Dezentralisierung, die dann auf eine Art Kleinstaaterei (also keineswegs auf eine Abschaffung des Prinzips territorialer politischer Gewalt) hinauslief. Aufgrund jener Naivität und aufgrund des Fehlens realistischer Alternativen blieb vom Anarchismus nach jugendlicher Begeisterung für einen radikalen Begriff

¹ Die Kapitel 4 bis 13 aus der amerikanischen Originalaussage von »*For A New Liberty*« (1973/78). [Hg.] Anmerkungen des Autors sind mit [R.], die des Herausgebers mit [Hg.] gekennzeichnet.

von Freiheit und für kompromisslose Ablehnung von Krieg und Gewalt später meist nicht mehr viel übrig. Bezüglich aller gleichsam »reiferen« Beschäftigungen musste doch auf staatlich-gewaltsame Lösungen zurückgegriffen werden. Aus diesem Grunde ist Murray Rothbards »*For A New Liberty*« von 1973 ein Meilenstein und für die Entwicklung einer zukunftssträchtigen anarchistischen Kritik der Gewalt kaum zu unterschätzen.

Der wesentliche Verdienst von Rothbards Beitrag zu der anarchistischen Theorie besteht darin, das ökonomische Defizit überwunden zu haben, indem er die radikalliberale Ökonomie seines Lehrers Ludwig von Mises (1881-1973) aus ihrer nachwächterstaatlichen Zwangsjacke befreite und zum Anarchokapitalismus ausbaute. Derart konnte er nicht nur die bis dahin für die anarchistische Theorie unlösbaren Probleme der Organisation von Sozialfunktionen meistern, sondern führte jene aus ihrer verhängnisvollen und selbstwidersprüchlichen Einbettung in linken sozialromantischen Antikapitalismus heraus: Kapitalismuskritik ist darum der allumfassende Konsens von rechts bis links, weil Kapitalismus subversiv gegen die Staatsgewalt und damit gegen den Krieg wirkt. Die herrschenden Kräfte, die von der Staatsgewalt in Form von direkten oder indirekten Subventionen und von anderen Formen der Unterstützung profitieren, fürchten nichts so sehr wie eine Delegitimierung politischer Gewalt.

In seinem Wunsch, den Text als Proklamation einer neuen, aber großen Bewegung klingen zu lassen, unterschlägt Rothbard beharrlich den innovativen und originellen Charakter vieler seiner Gedanken. Stattdessen schlägt er eine leichte, oft ironische, manchmal arrogante und im schlechtesten Falle gar propagandistische Tonalität an. Wer über sie hinwegsieht, wird dieses Buch mit mehr Gewinn lesen.

Die Übersetzung stammt von Sascha Tamm, 1999. Die Ausgabe damals gelangte vermutlich nur zu einem kleinen Teil in den Buchhandel. Für die vorliegende Neuauflage wurde die Übersetzung leicht überarbeitet. Sehr herzlich danke ich Sascha Tamm, dass er der Verwendung seiner Übersetzung zugestimmt hat.

Ich danke Dietmar-Dominik Hennig für die Anregung, dieses wichtige Buch erneut herauszubringen, und dafür, mir sein rares deutsches Exemplar fürs Einscannen zur Verfügung zu stellen. – Und dem *Ludwig von Mises Institute* danke ich dafür, mir großzügig die Rechte zum Abdruck überlassen zu haben.

Stefan Blankertz

1. Die sozialen Probleme

Lassen Sie uns einen kurzen Blick auf die wichtigsten Problemfelder unserer Gesellschaft² werfen und sehen, ob wir einen »roten Faden« finden, der sich durch sie alle zieht.

Hohe Steuern. Hohe und steigende Steuern haben fast alle Bürger gelähmt und behindern die Produktivität, verringern die Anreize und die Sparsamkeit genauso wie sie die freie Energie der Menschen eindämmen. Auf Länderebene gibt es vermehrt Widerstand gegen die Last der Einkommensteuer. Es gibt eine blühende Steuer-Widerstandsbewegung³ mit ihren eigenen Organisationen und Zeitschriften; diese weigert sich, Steuern zu zahlen, die sie für konfiskatorisch und nicht verfassungsgemäß hält. Auf der Ebene der Einzelstaaten und auf der lokalen Ebene kommt es immer öfter zur

² Es handelt sich, wohlgemerkt, um einen historischen Text. Die meisten angesprochenen Probleme haben sich inzwischen in einem damals unvorstellbaren Maße vertieft; in einigen wenigen Fällen (wie z. B. Fernmelde-monopol) kam es zu gewissen Deregulationen mit den sie begleitenden positiven Effekten. Allerdings ist zu beachten, dass manche scheinbaren Privatisierungsmaßnahmen nur der Verschleierung dienten, dass in Wahrheit Regulierungen, Staatseinfluss und Korruption fortbestehen (wie z. B. im Energiebereich). [Hg.]

³ Politisch motivierte und öffentliche Steuerverweigerung (*tax resistance, tax protest*) gehört in den USA zum Gründungsmythos der Nation und erfreut sich, anders als in Europa, breiter gesellschaftlicher Akzeptanz. In den 1970er Jahren gab es verschiedene Initiativen, die sich entweder gegen die Höhe der Steuerlast oder gegen ihren kriegerischen Verwendungszweck (Vietnamkrieg) richteten. – Am Rande notiert: Andrew Jackson (1767-1845), von 1829-1837 Präsident, den Rothbard gern als libertären Helden stilisiert, schlug die Weigerung von South Carolina, eine 1828 eingeführte Zollbestimmung umzusetzen, mit der Drohung nieder, Militär zu schicken. [Hg.]

Empörung gegen drückende Vermögenssteuern. So unterzeichneten 1,2 Millionen kalifornische Wähler eine Petition für die Jarvis-Gann-Initiative bei den Wahlen von 1978. Diese Initiative schlug vor, die Vermögensteuer drastisch und dauerhaft um zwei Drittel auf ein Prozent zu senken und eine Höchstgrenze für die Bewertung von Eigentum einzuführen. Weiterhin forderte die Jarvis-Gann-Initiative, die Erhöhung der Vermögensteuer über die Ein-Prozent-Marke von der Zustimmung von zwei Dritteln aller registrierten Wähler in Kalifornien abhängig zu machen. Um außerdem sicherzustellen, dass der Staat nicht einfach mit einer anderen Steuer Ersatz schafft, forderte die Initiative außerdem eine Zwei-Drittel-Mehrheit, um irgendeine Steuer erhöhen zu können. Im Herbst des Jahres 1977 beteiligten sich Tausende Hauseigentümer in Cook County, Illinois, an einem Steuerstreik gegen die Vermögensteuer, die sich aufgrund von neuen Bewertungsgrundlagen dramatisch erhöht hatte. – Es muss noch einmal unterstrichen werden, dass die Besteuerung von Einkommen, Eigentum oder was auch immer das ausschließliche Monopol des Staates ist. Kein anderes Individuum und keine andere Organisation hat das Privileg der Besteuerung, also einer Generierung von Einkommen durch Zwang.

Städtische Finanzkrisen. Überall in der USA haben Einzelstaaten und Gemeinden Schwierigkeiten, Zinsen und Tilgung für ihre aufgeblähten öffentlichen Schulden zu zahlen. New York City kann seinen vertraglichen Verpflichtungen schon teilweise nicht mehr nachkommen. Die städtische Finanzkrise ist einfach ein Zeichen dafür, dass die Stadtverwaltungen zu viel Geld ausgeben, sogar mehr, als sie durch hohe Steuern aus uns herauspressen. Um es noch einmal zu sagen: Wieviel Stadtverwaltungen und Landesregierungen ausgeben, liegt bei ihnen, *sie* sind die Schuldigen.

Vietnamkrieg sowie weitere Interventionen im Ausland. Der Krieg in Vietnam war ein vollständiges Desaster für die amerikanische Außenpolitik. Nachdem zahllose Leute den Tod gefunden hatten, das Land verwüstet und eine enorme Menge an Ressourcen eingesetzt worden war, brach die von Amerika gestützte Regierung schließlich Anfang des Jahres 1975 zusammen. Das Desaster des Vietnamkrieges stellte die Fortdauer interventionistischer amerikanischer Außenpolitik ernsthaft in Frage und war teilweise dafür verantwortlich, dass der Kongress die militärische Intervention der USA in Angola bremste. Die Außenpolitik ist selbstredend ein ausschließliches Monopol der Unionsregierung. Der Krieg wurde von den Streitkräften geführt, die wiederum ein Zwangsmonopol eben dieser Unionsregierung sind. Somit ist die Unionsregierung voll verantwortlich für das militär- und außenpolitische Problem als Ganzes und in all seinen Aspekten.

Kriminalität in den Straßen. Beachten Sie: Die in Diskussion stehenden Verbrechen werden auf den Straßen begangen. Die Straßen gehören fast immer dem Staat, der damit praktisch ein Monopol auf das Eigentum an Straßen hat. Die Polizei, die uns vor diesen Verbrechen schützen soll, ist ein Zwangsmonopol des Staates. Die Gerichte, deren Geschäft es ist, die Kriminellen zu überführen und zu bestrafen, sind auch ein Zwangsmonopol des Staates. So ist der Staat für jeden einzelnen Aspekt der Kriminalität in den Straßen verantwortlich. Dieses Problem muss wie der Krieg in Vietnam ausschließlich dem Staat zugeschrieben werden.

Der militärisch-industrielle Komplex. Dieser »Komplex« ist vollständig eine Schöpfung der Unionsregierung. Es ist der Staat, der entscheidet, zahllose Milliarden für die Waffenarsenale mit Overkill auszugeben, es ist der Staat, der die Aufträge verteilt, der die Ineffizienz durch Kostenzuschlags-

Garantien subventioniert. Der Staat baut Fabriken und vermietet oder verschenkt sie vollständig an Auftragnehmer. Selbstredend leisten Unternehmen Lobbyarbeit für diese Privilegien, aber nur durch den Staat kann der Mechanismus dieser Privilegien sowie die verheerende Fehlleitung von Ressourcen überhaupt existieren.

Verkehrsstaus. Diese betreffen wiederum ausschließlich die Straßen im Eigentum des Staates.

Transportwesen. Die Krisen des Transportwesens umfassen nicht nur verstopfte Straßen, sondern darüber hinaus auch verfallende Eisenbahnen, überteuerte Ticketpreise, Flughafenverstopfung zu Spitzenzeiten und U-Bahnen (z. B. in New York City), die unter Defiziten leiden und sichtbar in den Zusammenbruch steuern. Jedoch: Aufgeblähte zentral- und einzelstaatliche sowie kommunale Verwaltungen haben im 19. Jahrhundert ein Überangebot an Eisenbahnen geschaffen und diese waren die längste Zeit amerikanischer Geschichte der am stärksten regulierte Wirtschaftszweig. Die Fluggesellschaften werden durch die Regulierungen der Zivilluftfahrtverwaltung zur Kartellbildung gezwungen und durch diese Regulierungen, Postverträge und praktisch kostenlose Flughäfen subventioniert. Die Flughäfen für kommerzielle Fluglinien sind alle im Besitz staatlicher Verwaltungen, zumeist auf lokaler Ebene. Die U-Bahn von New York City gehört seit Jahrzehnten der Stadtverwaltung.

Verschmutzung der Flüsse. Die Flüsse sind praktisch niemandes Eigentum, d. h. sie gehören als »öffentlicher Bereich« dem Staat. Außerdem sind die mit Abstand größten Verursacher der Wasserverschmutzung die gemeindeeigenen Abwasserbeseitigungssysteme. Also ist der Staat gleichzeitig der größte Verschmutzer und der sorglose »Eigentümer« der Ressource.

Wassermangel. Der Wassermangel ist in einigen Gebieten des

Landes chronisch und in anderen zeitweilig, wie etwa in New York City. Der Staat ist (1) über sein Eigentum am »öffentlichen Bereich« Eigentümer der Flüsse, aus denen der Großteil des Wassers kommt, und (2) praktisch der einzige kommerzielle Verteiler von Wasser, Reservoirs und Wasserleitungen gehören ihm.

Luftverschmutzung. Auch hier »gehört« dem Staat über sein Eigentum am »öffentlichen Bereich« die Luft. Außerdem waren es die Gerichte, die nun mal dem Staat gehören, die in überlegter Weise über Generationen versäumt haben, unsere Eigentumsrechte an unseren Körpern und unseren Gärten gegen die Verschmutzung zu schützen, die die Industrie erzeugt. Große Teile der direkten Verschmutzung stammen aus Fabriken, die dem Staat gehören.

Energiemangel und Stromausfälle. Überall im Land haben die staatlichen und lokalen Verwaltungen Monopole für Gas und elektrische Energie geschaffen und dann die Monopolprivilegien privaten Versorgungsunternehmen übertragen. Diese wurden dann Regulierungen unterworfen, ihre Gebühren wurden von Verwaltungsstellen festgelegt, um ihnen einen dauerhaften und festen Gewinn zu garantieren. Der Staat war wiederum die Quelle dieses Monopols und dieser Regulierungen.

Telefondienstleistungen. Zunehmend sich verschlechternde Telefondienstleistungen werden ebenfalls durch *einen* Versorger erbracht, der sein Monopolprivileg vom Staat erhielt und seine Gebühren sich durch den Staat vorgeben lässt, um seinen Gewinn zu garantieren. Wie im Falle von Gas und Elektrizität ist es niemandem erlaubt, mit diesem Monopolunternehmen zu konkurrieren.

Postdienst. So wie er im Verlaufe seiner gesamten Existenz unter starken Defiziten gelitten hat, sind die Leistungen des Postdienstes – im schroffen Gegensatz zu Dienstleistungen

und Gütern, die von der Privatindustrie in einem freien Markt produziert werden – immer teurer und qualitativ schlechter geworden. Die Post ist wiederum seit dem späten 19. Jahrhundert ein Zwangsmonopol des Staates. Immer wenn es privaten Firmen möglich war, in den Wettbewerb der Postverteilung einzutreten, haben sie, sogar wenn es illegal geschah, bessere Leistungen zu niedrigeren Preisen angeboten.

Fernsehen. Fernsehen besteht aus belanglosen Programmen und entstellten Nachrichten. Die Rundfunk- und Fernsehkanäle wurden vor einem halben Jahrhundert verstaatlicht von der Unionsregierung, die die Kanäle an privilegierte Lizenznehmer vergibt und diese Gabe zurücknehmen kann und das auch tut, wenn ein Sender die *Federal Communications Commission* verärgert. Wie kann es unter derartigen Bedingungen eine wirkliche Redefreiheit geben?

Wohlfahrtssystem. Die Wohlfahrt liegt ausschließlich im Bereich des Staates, vor allem der einzelstaatlichen und lokalen Verwaltung.

Städtisches Wohnen. Zusammen mit dem Verkehr ist das unser auffallendstes städtisches Problem. Es gibt nur wenige Wirtschaftszweige, die so eng mit staatlicher Verwaltung verwoben sind. Stadtplanung kontrolliert und reguliert die Städte. Raumordnungspläne belegen Ansiedlung und Landnutzung mit unzähligen Beschränkungen. Die Vermögenssteuern bremsen die städtische Entwicklung und fördern den Abriss von Häusern. Baugesetze beschränken den Hausbau und machen das Bauen teurer. Stadtsanierung verschafft Immobilienbesitzern massive Subventionen und forciert den Abriss von Wohnraum und Mietshäusern, das Angebot an Wohnungen wird verringert und Rassendiskriminierung verschärft. Hohe staatliche Kredite fördern die übergroße Bautätigkeit in den Vororten. Mietkontrollen erzeugen den

Mangel an Wohnraum und sie verringern das Angebot an Wohnhäusern.

Gewerkschaftsmacht. Die Gewerkschaften wurden zu einer Plage mit der Macht, die Wirtschaft zu lähmen. Das geschah aber nur, weil der Staat ihnen bestimmte Privilegien verlieh, so etwa verschiedene Immunitäten wie dem *Wagner-Act* von 1935,⁴ das noch in Kraft ist und die Arbeitgeber zwingt, mit den Gewerkschaften zu verhandeln, wenn sie eine Mehrheit in einer Gruppe von Beschäftigten erhalten, die vom Staat selber willkürlich festgelegt wird.

Bildungswesen. Die öffentliche Schule, die in der Meinung der amerikanischen Bürger einst so verehrt und heilig war wie die Mutterschaft oder die Flagge, ist in letzter Zeit in das Kreuzfeuer der Kritik aus dem ganzen politischen Spektrum geraten. Selbst ihre Unterstützer würden nicht behaupten, dass die öffentlichen Schulen heute viel lehren. Wir haben in letzter Zeit extreme Fälle gesehen, in denen die Handlungen der öffentlichen Schulen gewaltsame Reaktionen in unterschiedlichen Gebieten wie South Boston und Kanawha County, West Virginia, ausgelöst haben. Die öffentlichen Schulen gehören vollständig der staatlichen und lokalen Verwaltung und werden von ihr betrieben – mit wesentlicher Unterstützung und Koordination durch die Unionsregierung. Die öffentlichen Schulen werden getragen durch Gesetze, die alle Kinder zwingen, bis zum Highschool-Alter eine Schule zu besuchen, entweder eine öffentliche oder eine private, die durch die staatliche Verwaltung genehmigt

4 Offizielle Bezeichnung: *National Labor Relations Act* (NLRA). Das Gesetz verbietet Aussperrung als Antwort von Arbeitgebern auf Streik und Streikbruch und zwingt die Arbeitgeber zu kollektiven – vs. individuellen – Lohnverhandlungen (und ähnelt insofern der bundesdeutschen »Sozial- oder Tarifpartnerschaft«). Die Unparteilichkeit von Rothbard ist daran ersichtlich, dass er andererseits weiter unten die staatlichen Streikverbote als ebenso verwerflich kritisiert. [Hg.]

werden muss. Die höhere Bildung wurde in den letzten Jahrzehnten immer stärker mit dem Staat verwoben: Viele Universitäten gehören dem Staat, die übrigen sind notorische Empfänger von Stipendien, Subventionen und Aufträgen.

Inflation und Stagflation. Die USA leiden wie der Rest der Welt seit vielen Jahren an einer chronischen und sich beschleunigenden Inflation, die von hoher Arbeitslosigkeit und zugleich von anhaltenden Rezessionen begleitet wird (»Stagflation«). Eine Erklärung dieser unerwünschten Phänomene wird weiter unten gegeben, hier soll nur gesagt werden, dass ihre Wurzel in der fortgesetzten Ausweitung der Geldmenge liegt, in einem Zwangsmonopol der Unionsregierung. (Jeder, der versucht, mit der Unionsregierung in der Herausgabe von Geld zu konkurrieren, wandert für Geldfälschung ins Gefängnis.) Ein großer Teil der Geldmenge des Landes wird als »Buchgeld« über das Bankensystem herausgegeben, welches sich unter der vollständigen Kontrolle der Unionsregierung und des »*Federal Reserve Systems*« befindet.

Watergate. Zum Schluss zu einem traumatischen Syndrom, unter dem die Amerikaner leiden und das als »Watergate« bekannt ist. *Watergate* bedeutete die völlige Entheiligung des Präsidenten und von bis dahin sakrosankten Institutionen wie CIA und FBI. Die Eingriffe in das Eigentum, die Polizeistaatsmethoden, die Täuschung der Öffentlichkeit, die Korruption, die vielfältigen und systematischen Straftaten, die vom selbstherrlichen Präsidenten begangen wurden, führten zu einem bis dahin undenkbaren Amtsenthebungsverfahren gegen einen Präsidenten und zum weitreichenden und gerechtfertigten Vertrauensverlust in alle Politiker und alle Regierungsbeamten. Das Establishment hat oft diesen neuen, so verbreiteten Vertrauensverlust beklagt, es jedoch nicht geschafft, das naive öffentliche Vertrauen aus der Zeit

vor Watergate wiederherzustellen. Cecilia Kenyon, eine [links-]liberale Historikerin, bezeichnete einst [1955] die »Anti-Föderalisten«, die Verteidiger der Konföderationsartikel und Gegner der Verfassung, als »Leute mit wenig Vertrauen« in die Institutionen des Staates.⁵ Es ist zu vermuten, dass sie nicht so naiv gewesen wäre, hätte sie diesen Artikel in der Zeit *nach* Watergate geschrieben. Watergate ist offensichtlich in klarer und ausschließlicher Weise ein staatliches Phänomen. Der Präsident ist der oberste Leiter der Unionsregierung, die »Installateure« waren seine Werkzeuge, FBI und CIA sind ebenso staatliche Institutionen. Und es ist verständlicherweise das Vertrauen in den Staat, das durch Watergate erschüttert wurde.

Wenn wir uns in den wesentlichen Problembereichen unserer Gesellschaft umsehen, in den Bereichen der Krisen und Fehlentwicklungen, dann finden wir in jedem Falle einen »roten Faden«, der sie alle miteinander verbindet – den Faden des Staates. In jedem dieser Fälle führt die Aktivitäten der Staat entweder vollständig selber durch oder beeinflusst sie stark.

In seinem Bestseller »*Gesellschaft im Überfluss*« stellt John Kenneth Galbraith fest,⁶ dass der staatliche Sektor das Zentrum von allen Fehlentwicklungen in der Gesellschaft war.

⁵ Cecilia M. Kenyon, »*Men of Little Faith: The Anti-Federalists on the Nature of Representative Government*«, in: William and Mary Quarterly (Januar 1955), S. 3 ff. [R.] N. B.: Als »Federalists« bezeichneten sich am Beginn amerikanischer Republik diejenigen Kräfte, die für die Schaffung einer starken Union eintraten. Die »Konföderationsartikel« begründeten 1776 einen losen Staatenbund, die Verfassung von 1789 einen – föderal aufgebauten und im Verhältnis zu den europäischen Ländern minimalen – Zentralstaat. [Hg.]

⁶ John Kenneth Galbraith (1908-2006), linksliberaler und keynsianischer amerikanischer Ökonom und Politikberater, Urheber des Satzes vom privaten Reichtum versus öffentlicher Armut. *The Affluent Society* (dt. *Gesellschaft im Überfluss*), 1958, ist sein einflussreichstes Buch. [Hg.]

Jedoch er vertritt hiergegen die seltsame Lehre, *noch mehr* Mittel und Ressourcen müssten vom privaten in den öffentlichen Sektor umgeleitet werden. Er ignoriert dabei die Tatsache, dass die Rolle der öffentlichen Verwaltung in den USA, auf zentral- und einzelstaatlicher sowie kommunaler Ebene, in diesem Jahrhundert und besonders in den letzten Jahrzehnten sowohl absolut als auch proportional enorm gewachsen ist. Unglücklicherweise stellt sich Galbraith niemals die Frage: Gibt es etwas, das staatlichem Handeln notwendig innewohnt und die Fehlentwicklungen auslöst, die wir reichlich sehen? Wir werden einige der wichtigen Probleme des Staates und der Freiheit in diesem Land untersuchen, sehen, woher die Fehlentwicklungen kommen, und dann die Lösungen des neuen Libertarismus zur Debatte stellen.

2. Moderne Knechtungen

Wenn es eine Sache gibt, das ein Libertärer ganz und gar ablehnen muss, dann ist es jeder Zwangsdienst, dann ist es die Knechtung, die gegen das elementarste Recht auf das Eigentum an sich selber verstößt. »Freiheit« und »Sklaverei« wurden immer als direkte Gegensätze angesehen. Libertäre sind deshalb völlig gegen Sklaverei.⁷ Es könnte eingewandt werden, das sei heute eine bloß akademische Frage. Aber ist sie das wirklich? Denn was ist Sklaverei anderes als a) Leute zu zwingen, nach den Wünschen des Herrn zu arbeiten und ihnen b) dafür bloß einen reinen Subsistenzlohn oder zumindest weniger zu zahlen, als sie freiwillig akzeptieren würden. Kurz gesagt, Arbeitszwang zu Löhnen unter dem Niveau des freien Marktes. Sind wir dann wirklich frei von »Sklaverei«, von Knechtschaft im heutigen Amerika? Wird das Verbot der Zwangsverdingung aus dem 13. Zusatz zur Verfassung⁸ wirklich befolgt?

⁷ Es gibt eine Ausnahme: die Bestrafung von Kriminellen, die sich an ihren Opfern vergangen oder sie versklavt haben. Solche Bestrafung würde im libertären System schließlich bedeuten, dass der Kriminelle gezwungen werden kann, so lange zu arbeiten, bis er seinem Opfer eine Wiedergutmachung leisten kann. [R.] Vgl. Kap. 9. [Hg.]

⁸ Bemerkenswert, dass der 13. Verfassungszusatz als einzige Ausnahme die Bestrafung zulässt, die in Anm. 7 beschrieben wurde: »Weder Sklaverei noch unfreiwillige Dienstleistungen, ausgenommen als Strafe, die dem Betroffenen in einem rechtmäßigen Verfahren auferlegt wurde, darf es weiterhin in den USA oder innerhalb eines Gebietes unter ihrer Jurisdiktion geben.« [R.] *The Thirteenth Amendment to the Constitution of the United States of America*, 1865, erklärt die Sklaverei auf dem gesamten Gebiet der USA für endgültig abgeschafft. [Hg.]